

Bremerhaven, 26.03.2009

Dringlichkeitsantrag - Nr. StVV - AT 17/2009 (§ 34 GOStVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. März 2009		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	Ja	Anzahl Anlagen: 0

Unsere Bremerhavener Häfen haben Zukunft (SPD/CDU/GRÜNE/FDP)

In Bremerhaven sind durch Land und Stadt in den letzten Jahren enorme Investitionen in die Häfen getätigt worden.

Diese Investitionen waren richtig und alternativlos, denn in Zeiten der Hochkonjunktur war der Hafen Jobmotor – und dies nicht trotz, sondern eben wegen der globalen Warenströme, die über Bremerhaven millionenfach abgewickelt wurden.

In der momentanen Situation, in der die Finanz- und Wirtschaftskrise die Märkte weltweit schrumpfen lässt, dürfen keine kurzsichtigen Lösungen angestrebt werden. Denn klar ist, der Exportweltmeister Deutschland wird seine Umschlagshäfen in absehbarer Zeit wieder benötigen.

Es müssen also Konzepte für eine begrenzte Zeit gefunden werden; diese Konzepte dürfen nicht die Beschäftigten des Hafens zu den Leidtragenden machen, denn sie haben oft Solidarität mit ihren Unternehmen geübt und tragen auch keine Schuld an der globalen Krise.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, sich in Gesprächen mit den Vorständen und Beschäftigtenvertretern des GHBV sowie dem Senat der Freien Hansestadt Bremen für die Nutzung der gesamten Palette der arbeitsmarktpolitischen Instrumente – insbesondere dem Mittel der Kurzarbeit – einzusetzen, mit dem Ziel Kündigungen zu verhindern.

Die im Wege der Leiharbeit Beschäftigten müssen ebenso von den eingesetzten Maßnahmen profitieren, in dem sie durch Qualifizierung in die Lage versetzt werden, in anderen Branchen Arbeit zu finden.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

gez.
Klaus R o s c h e,
Joachim H a a s e
und SPD-Fraktion

gez.
Paul B ö d e k e r
und CDU-
Fraktion

gez.
Dr. Ulf E v e r s b e r g
und Fraktion Bündnis
90/Die Grünen

gez.
Mark E l l a
und FDP-Fraktion